

AZB
CH-8031 Zürich
P.P. / Journal

Adressänderungen melden an:
GSoA, Postfach, 8031 Zürich
adressen@gsoa.ch

GSoA

GSoA-Zitig August 2012 Nr. 151

Informationen und Anregungen der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee GSoA



Jubiläumsfest, 15. Sept. 2012

ab 14.00 Uhr, Progr Aula, Bern

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser

1982: Der Kalte Krieg ist gerade ziemlich heiss. Seit drei Jahren führt die Rote Armee in Afghanistan Krieg. In den USA ist Ronald Reagan Präsident, ein Hardliner auch in den Beziehungen zum Erzfeind im Osten. Im Jahr zuvor hat der sogenannte NATO-Doppelbeschluss in ganz Europa Demonstrationen ausgelöst. Eine breite Friedensbewegung wehrt sich dagegen, dass Mitteleuropa zum Schauplatz eines atomaren Endkampfes zwischen den Supermächten werden soll. Viele unserer LeserInnen werden sich noch genau daran erinnern, weil sie selber an den Demonstrationen gegen die Aufrüstung in Europa teilgenommen haben. Für die Jüngeren hingegen ist der Kalte Krieg sehr weit entfernt, versunken in den Geschichtsbüchern.

Ebenfalls 1982: Am 12. September gründen «120 Männer und Frauen zwischen 18 und 87 Jahren» (so wird berichtet) im Restaurant Kreuz in Solothurn die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA). Der Zweck dieser Organisation muss nicht lange erläutert werden, sie trägt ihn im Namen.

Heute, 30 Jahre später, sieht die Welt anders aus. Der Kalte Krieg ist vorbei. Auf das historische Intermezzo des «humanitären Interventionismus» der 90er-Jahre folgte der «Krieg gegen den Terror». Die GSoA konnte ihren jugendlichen Elan über die drei Jahrzehnte bewahren. Allein in den letzten sechs Jahren sammelte sie fast eine halbe Million Unterschriften für ihre Initiativen: gegen Kriegsmaterialexporte und neue Kampffjets, für die Verbannung der Armeewaffen ins Zeughaus und die Aufhebung der Wehrpflicht. Der GSoA ist es in den 30 Jahren ihres Bestehens immer wieder gelungen, neue Generationen von AktivistInnen zu gewinnen. Und diese haben die GSoA immer wieder neu definiert (siehe dazu untenstehenden Artikel).

In den 30 Jahren haben sich zwar die Streitfelder gewandelt (siehe dazu den Artikel auf Seite 3). Vom Grundanliegen des Antimilitarismus ist die GSoA jedoch kein Jota abgewichen. Er ist sowohl Kerngedanke als auch Erfolgsgeheimnis der GSoA.

Für das Redaktionsteam: Felix Birchler

«Herzliche Gratulation zum 30. Geburtstag!

Mit der Lancierung der Initiative zur Abschaffung der Armee vor 30 Jahren habt ihr einen für die Schweizer Geschichte einmaligen Tabubruch begangen. Die Reaktionen der wehrhaften Männer waren dementsprechend heftig, aber euer mutiger Schritt wurde grandios honoriert: Ein Drittel der Stimmenden hat euch unterstützt! Mit diesem Tabubruch habt ihr den Weg freigemacht für eine bis heute nicht mehr endende Diskussion um Sinn und Zweck der Armee. Das ist euer grosses Verdienst. Seit 30 Jahren sorgt ihr dafür, dass der Nimbus von Wichtigkeit, der die Armee umgab, Schritt für Schritt entzaubert und als das dargestellt wird, was sie wirklich ist: eine überholte Institution, für deren Existenz es im Europa des 21. Jahrhunderts keine plausible Erklärung mehr gibt. Ich hoffe, dass es nicht mehr 30 Jahre braucht, bis dieses Relikt ganz verschwindet und Frauen und Männer gemeinsam und ohne Waffen für eine friedliche Welt kämpfen!»



Cécile Bühlmann,
ehemalige Nationalrätin der Grünen, Geschäftsleiterin des cfd

30 JAHRE GSOAKTIV

Was die GSoA lebendig hält

Während es eine der finanzstärksten Parteien der Schweiz trotz Ausgaben in Millionenhöhe nicht schafft, eine Volksinitiative mit genügend Unterschriften einzureichen und sich Vereine über den Mangel an Freiwilligen beklagen, engagieren sich seit 30 Jahren immer wieder Menschen bei der GSoA. Woran könnte das liegen? Ein Erklärungsversuch.

Von Rahel Ruch

Die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee besteht seit nunmehr dreissig Jahren. Auch in den letzten Jahren ist es der GSoA gelungen, kontinuierlich mit Volksinitiativen und Abstimmungskämpfen im Gespräch zu bleiben. Am nach wie vor kleinen Budget kann dieser Erfolg nicht liegen, vielmehr ist der stetige Zulauf von neuen Aktivistinnen und Aktivisten der Grund für das lebendige Fortbestehen der GSoA. Immer wieder gelingt der Generationenwechsel. Der Einsatz für eine politische Sache ist zwar oftmals eher zufällig – viele finden den Weg zur GSoA über FreundInnen oder Familie. Dennoch gibt es Faktoren, die eine Organisation am Leben erhalten können.

Basisdemokratie

Sich in der GSoA zu engagieren ist hürdenlos möglich. Weder Mitgliedschaft noch Finanzkraft wird vorausgesetzt. Wer sich beteiligen möchte, kann das sehr einfach in den Regionalgruppen, bei einzelnen Initiativen oder Aktionen tun. Selbstverständlich ist das auch in andere Strukturen möglich, doch in NGOs stehen Freiwilligengruppen oft einem professionellen «Apparat» gegenüber, der Entscheidungen trifft und Strategien wälzt. In solchen Organisationen besteht die Gefahr, dass AktivistInnen immer mehr zum «Fussvolk» werden. Die GSoA versucht dieser Tendenz die grösstmögliche Offenheit entgegenzuhalten. Alle sollen die Strategie der GSoA mitbestimmen können, ob in Diskussionen in den Regionalgruppen oder an der monatlichen «Koordinationsitzung», die für alle zugänglich ist. Ziel ist, dass wir keine Unterscheidung zwischen den verschiedenen GSoA-Aktiven machen. Ob bezahlte GSoA-SekretärIn, NationalrätIn oder

16-jähriger Aktivist – jede Meinung muss gleichviel zählen. Hierarchien abzubauen oder gar nicht erst aufkeimen zu lassen, ist nicht einfach, sondern erfordert einen andauernden Prozess. Möglich wird dieser durch den Willen aller Engagierten und das Bewusstsein, dass nur eine ausgeprägte interne Demokratiekultur allen gerecht werden kann.

Bewegung

Neben dem einfachen Einstieg hat die basisdemokratische Struktur weitere positive Folgen: Wo versucht wird, Hierarchien abzubauen, gibt es weder Chefin noch Generalsekretär, denen die Verantwortung und die Arbeit im Zweifelsfall zugeschaut werden kann. Das heisst aber auch, dass es bei der GSoA tatsächlich auf jede Aktivistin und jeden Aktivist ankommt – alle müssen sich verantwortlich fühlen. Wer dabei ist, kann mitbestimmen, ist aber auch mitschuldig an Misserfolgen. Auch deshalb geben GSoAtInnen und GSoAten tag ein, tagaus ihr Bestes.

Mitbestimmen, Verantwortung tragen, Hierarchien abbauen und sich ganz auf die GSoA einstellen: Das klingt nach anstrengender unbezahlter Arbeit. Während sich in der Privatwirtschaft ganze Firmen mit Unternehmenskultur und Gruppendynamik befassen, funktioniert die GSoA eher wie ein Freundeskreis. Alle bemühen sich, ihren Teil zu erledigen und unterstützen sich gegenseitig in schwierigen Situationen. Das Bier nach der Regionalgruppensitzung oder die gemeinsamen Fitamin-Wochenenden verwandeln das zufällige Engagement jedes einzelnen in den einzigartigen GSoA-Mix: Vom Bankangestellten über die Studentin bis zum Lebenskünstler. Wer hingegen die schnelle Polit-Karriere sucht, ist in der GSoA fehl am Platz.

Die GSoA wird von AktivistInnen und Mitgliedern zusammengehalten und funktioniert dank ihrem tiefen Grad an Professionalisierung immer noch eher wie eine Bewegung als wie eine klassische NGO. Es ist zu hoffen, dass die oben beschriebenen Grundsätze und Grundhaltungen erhalten bleiben und auch in Zukunft von GSoA-Generation zu GSoA-Generation weitergetragen werden.

30 JAHRE GSoA

30 JAHRE GSoA: Jubiläumsfest
Samstag, 15. September 2012
Bern, Progr Aula

POLITPROGRAMM (Eintritt frei, offen für alle, Kollekte)

14:00	Opening Ausstellung «30 Jahre GSoA»
15:00 – 16:30	Podium zur Bedeutung der GSoA: «Was wäre die Schweiz ohne GSoA?»
17:00 – 19:00	Referat mit Diskussion

PAUSENPROGRAMM (Kollekte)

19:30 – 20:30	ESSEN (Risotto und Suppe)
---------------	---------------------------

FESTPROGRAMM (Eintritt frei, offen für alle, Kollekte)

21:00 – 22:00	Poetry-Slam mit Bezug zu Friedenspolitik, GSoA, oder «traue keinem über dreissig»
22:00 – 23:00	Musik (GSoA-Band, Pazif ab und zue blutt)
23:00 – 00:30	DJane

GSOA UND WEHRPFLICHT

Eine alte Pendeuz erledigen

Die Aufhebung der Wehrpflicht, die in zwei Jahren zur Abstimmung gelangen dürfte, war bereits in den 90er Jahren ein ernsthaft verfolgtes Thema in der GSoA.
Von Jo Lang

In den Jahren 1994 und 1995 hat die GSoA der Aufhebung der Wehrpflicht zwei Seminarien und eine Vollversammlung gewidmet. Dass wir uns dann entschieden, auf die Lancierung einer Initiative vorläufig zu verzichten, hatte mit der Remilitarisierung der Weltpolitik im Rahmen des «humanitären Interventionismus» zu tun und mit der Gefahr, dass sich die Schweiz daran beteiligen könnte. Erst nach dem Absturz von Atalanta im Jahr 2009 (die Schweiz sollte sich an der Piratenjagd vor Somalia beteiligen), der militärische Auslandseinsätze für lange Zeit undenkbar macht, konnte die GSoA den Faden von 1994/95 wieder aufnehmen.

Auch damals haben wir uns überlegt, ob die Aufhebung der Wehrpflicht die Aufgabe einer Gruppe für eine Schweiz ohne Armee sein kann. Am 26. März 1995 habe ich an der GSoA-VV, wo es noch nicht um die konkrete Lancierung einer Initiative ging, ein Referat gehalten mit dem Titel: «Politische Brisanz der allgemeinen Wehrpflicht und deren Abschaffung». In der Folge zitiere ich aus den Vorbemerkungen, den Schlüssel-Zitaten der zehn Thesen und der Schlussfolgerung.

Entmilitarisierung der Köpfe und Seelen

«Was war unser zentrales Anliegen bei der Volksinitiative für eine Schweiz ohne Armee und für eine umfassende Friedenspolitik? Die konkrete Abschaffung der Armee als physischen Gewaltapparat konnte es nicht sein, weil wir wussten, dass wir dies unmöglich erreichen konnten. Unser Hauptziel war die Entmilitarisierung der Köpfe und Herzen, aber auch der öffentlichen Kultur, des politischen Denkens und Handelns. Bei der Stopp-F/A-18-Initiative war das Hauptziel die konkrete Verhinderung der 34 Kampfflieger; erst zweitrangig ging es hier um die Bewusstseinsveränderung. Deshalb haben wir auch ein gutes Resultat als Niederlage empfunden.

Bei der Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht geht es primär ums gleiche wie bei der Abschaffung der Armee: um die Entmilitarisierung des Zivilen. Allerdings ist hier die Chance, auch das konkrete, physisch wahrnehmbare Ziel zu erreichen, grösser. Die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht ist für das eigentliche GSoA-Ziel, die vollständige Entmilitarisierung der Gesellschaft, besonders geeignet, weil sie das Vehikel der Militarisierung der Köpfe, der Seelen, der Gesellschaft, der Politik ist. In der Schweiz wurden Militarismus und Chauvinismus parallel zur Durchsetzung der allgemeinen Wehrpflicht vor ungefähr einem Jahrhundert hegemonial. Die Armee ersetzte die Aufklärung als sinnstiftende Kraft. Es war auch die allgemeine Wehrpflicht gewesen, welche seinerzeit den politischen Ausschluss der Frauen zementiert hatte.»

Schlüssel-Zitate zu zehn Thesen

1. «Warum sind alle veröffentlichten Verteidigungen des militärischen Milizprinzips so merkwürdig blutleer und bar jeglicher rationaler und neuer Argumente?» (Ruth Meyer, MFD-Offizierin, Leiterin der Arbeitsgruppe für Militärsoziologie vor derselben im November 1993)

2. «Militärische Männlichkeit erfreut sich in westlichen Gesellschaften derzeit keines grossen Ansehens.» (Ruth Seifert, Gender, Nation und Militär, in: E.Opitz, F.S. Rödiger, Allgemeine Wehrpflicht, Bremen 1994)

3. «Das RS-Motivationsproblem ist deshalb primär ein gesellschaftspolitisches und nicht ein militärisches.» (Karl W. Haltiner, Jürg Stadelmann, Motivationsstudie RS 90, Bern 1990)

4. «Wie wollen wir bei weiteren Verkleinerungen der Armee selbst bei der heutigen Quasimiliz die Wehrgerechtigkeit aufrechterhalten können?» (Ruth Meyer, November 1993)

5. «Massgeblich sind die realen volkswirtschaftlichen Kosten und nicht nur die beim Staat budgetwirksamen Ausgaben.» (Wandsbecker Kreis, Von der Ineffizienz der Wehrpflicht, in: E. Opitz, F.S. Rödiger, siehe oben)

6. «Die Allgemeine Wehrpflicht ist Zwangsarbeit.» (Walter Wittmann, Ökonomeprofessor, NZZ 5.10.1994)

7. «Wer aber für ein kleines und/oder mittleres Unternehmen selbst verantwortlich ist, der hat wegen der Wehrpflicht erhebliche Nachteile in Kauf zu nehmen.» (Walter Wittmann, ebenda)

8. «Das Zeitalter der infanteristischen Massenheere ist vorbei.» (Kurt R. Spillmann, Leiter der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETH Zürich, in Chance Schweiz, September 1993)

9. «Das Diktat der Tabus verhindert eine effiziente Umgestaltung des zu schwerfälligen Volksheeres.» (Urs Paul Engeler, Cash 20.8.93)

10. «Dank der allgemeinen Wehrpflicht ist die Armee ein wichtiges Element der nationalen Kohäsion.» (Arthur Liener, Generalstabschef, Tages-Anzeiger 29.12.1993)

Aktuell geliebene Schlussfolgerung

«Wer eine andere, zivilere, offenere, weiblichere, demokratischere Schweiz will, der muss sich mit jener Einrichtung anlegen, die entschei-

dend dazu beitrug, unser Land militärköpfig, rückwärtsgerichtet, isolationistisch, fremden- und frauenfeindlich zu machen. Wenn wir die Volksinitiative für eine Schweiz ohne Wehrpflicht im nächsten Frühling beschliessen und im Sommer starten, können wir sie auf das Jubiläumsjahr 1998 einreichen. Es wäre ein Geschenk, das zu den republikanischen Gründerzeiten besser passte als die immer noch in vielen Köpfen herumgeisternde Geistige Landesverteidigung.»

Die Fremd- und Eigenzitate zeigen zweierlei: Die Aufhebung der Wehrpflicht ist eine alte Pendeuz, die offensichtlich nur von der GSoA erledigt werden kann. Und: Deren Erledigung ist der GSoA überhaupt nicht fremd, sie befasste sich bereits vor 17 Jahren ernsthaft damit. Aber es war richtig, dass die GSoA zuwartete bis etwas Dringlicheres erledigt war: die Bannung der Gefahr von militärischen Auslandseinsätzen. Heute ist die Zeit umso reifer für die Aufhebung der Wehrpflicht.



«Als die «Gruppe für eine Schweiz ohne Armee» vor mittlerweile 30 Jahren gegründet wurde, hätte wohl kaum jemand daran geglaubt, dass die Organisation bis heute Bestand hat. Und nach wie vor ihre Berechtigung als Stachel im Fleisch der heiligen Kuh hat.

In der Tat wäre ohne die Hartnäckigkeit der GSoA die Armee kaum so modernisiert und verkleinert worden, wie dies heute der Fall ist. Ebenso regt die GSoA immer wieder die öffentliche Debatte über Sinn und Unsinn des Grundsatzes der bewaffneten Landesverteidigung an. Das ist heute ebenso wichtig wie vor 30 Jahren.»

Christian Levrat,
Präsident SP Schweiz



«Liebe GSoA
Wir entrüsteten uns über Atom und Proliferation, wir kämpften gegen Betonköpfe und Bohrtürme, wir nahmen sie nicht hin, die menschenverachtende, umweltzerstörerische Normalität. Die GSoA und Greenpeace verbindet der Frieden, der Mut, die Hartnäckigkeit, das Engagement. Bleibt unterwegs, werdet zur «Gruppe Welt ohne Armee» und freut euch über das Jubiläum! Gemeinsam setzen wir uns weiterhin für eine menschenwürdige, lebenswerte Welt ein.»

Markus Allemann,
Co-Geschäftsleiter Greenpeace Schweiz



«30 ans ! La Section suisse d'Amnesty International se doit de s'associer à cet anniversaire. Si elles ne sont pas toujours sur la même longueur d'onde, nos deux organisations, au-delà de leurs divergences, au-delà de leurs approches différentes et au-delà parfois des querelles inévitables entre amis, ont mené quelques combats communs, soutenu ensemble quelques causes voisines et ont réussi à maintenir entre elles une estime réciproque. Si l'armée suisse est, aux dires de certains, la meilleure du monde, le GSoA en est certainement l'adversaire le plus tenace et le plus crédible. Notre respect pour son travail est profond et laisse entrevoir la poursuite de la lutte commune pour le maintien des armes de service dans les arsenaux et un contrôle efficace du commerce des armes. Le GSoA atteint aujourd'hui l'âge de raison: souhaitons toutefois qu'il garde son caractère «déraisonnable» et continue à donner quelques coups de bâtons dans la fourmilière.

Le combat continue, longue vie au GSoA!

Manon Schick,
Directrice générale Amnesty International en Suisse

30 JAHRE VERLEUMDET

Von Moskau gesteuert, von Tigers unterwandert

Seit 30 Jahren wird die GSoA schlecht gemacht. Was für haarsträubende Vorwürfe dabei auftauchen, ist vor allem bezeichnend für das Weltbild und das Demokratieverständnis ihrer Absender.

Von Hanspeter Uster*

Wer den Ungeist nacherleben will, der in den 1980er Jahren gegen die GSoA wehte, der mache einen Abstecher auf die Homepage der Gruppe «Giardino»: Am 15. Juli 2012 schrieb beispielsweise ein gewisser M.E.: «Schön sich unter echten Schweizern zu fühlen, und noch schöner ist, keiner dieser verdammten trittbrettfahrenden Volksverhetzer/verräter von der GSOA zu sein! (...) sie werden nämlich durch ihr ewiges subversives Tun definitiv zum Sicherheitsrisiko. Die Frage ist hier nur: will denn wirklich niemand reagieren? Ich denke eben, dass es eines jeden echten Eidgenossen heilige Pflicht ist, diese Bande mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln bis aufs Äusserste zu bekämpfen und auch zu zerstören. (...) Diese Subjekte werden nämlich wenigstens teilweise ferngesteuert, früher hätte man wohl ‚unterwandert‘ gesagt.»

Der wichtigste Unterschied zu den 80er Jahren liegt darin, dass damals die Frage «will denn wirklich niemand reagieren?» nicht gestellt wurde. Auf allen Ebenen, über Zeitschriften, in Leserbriefen, auf der Strasse, vor den Truppen,

an historischen Anlässen, aber auch über behördliche Bewilligungsverweigerungen und Berufsverbote wurde auf die GSoA im zitierten Sinne «reagiert».

«Der wahre Hintergrund»

Der heute für die Beschaffung neuer Kampfjets besonders rührige Hans-Ulrich Helfer veröffentlichte im Sommer 1988 eine Broschüre mit dem Titel «Wer steckt hinter der ‚Schweiz ohne Armee‘?» Gemäss dem ehemaligen Staatschützer haben die SAP und deren Jugendorganisation, die RSJ, im Rahmen der IV. Internationale «in kontinuierlicher Kleinarbeit» die GSoA gleichsam unterwandert. «Auf ihrem Weg zum angestrebten Sozialismus ist die Schweizer Armee (...) ein Hindernis, das sie beseitigen wollen.» Da ich allen drei Organisationen angehört hatte, kann ich bestätigen, dass wir als einzige Partei die GSoA aktiv unterstützt hatten. Allerdings dürfte es schwierig sein, mit einer Unterstützung durch eine antistalinistische Organisation irgendwelche Moskauhörigkeit zu beweisen.

Am 23. September 1988 schrieb der FDP-Nationalrat Ernst Cincera in der «Schweizerzeit»: «Sie (die GSoA-InitiantInnen) verfolgen deutlich den internationalistischen Kurs der kommunistischen Weltbewegung, nachzulesen in den auch in deutscher Sprache veröffentlichten Anleitungen und Weisungen der Internationa-

len Abteilung des Zentralkomitees der KPdSU. Durch Verharmlosung, eine kontinuierliche, wirkungsvolle Medienarbeit und gekonntes Umsetzen der Ziele in die schweizerische Alltagspolitik wird der wahre Hintergrund der Initiative geschickt vertuscht und getarnt.» Später wurde der legendäre Subversivenjäger im Zofinger Tagblatt vom 21.4.1989 konkreter: «Ein wesentlicher Teil der heutigen Strategie wickelt sich über den Weltfriedensrat ab (...). In den Rahmen des Schweizerischen Friedensrates ist auch die jetzige Armeeabschaffungsinitiative zu stellen.» Die Absurdität dieser Theorie zeigt sich allein im Umstand, dass sowohl die mit dem moskautreuen Weltfriedensrat verbundene «Schweizerische Friedensbewegung» als auch der von ihm getrennte «Schweizerische Friedensrat» die Lancierung der Volksinitiative für eine Schweiz ohne Armee abgelehnt hatten.

«Hartnäckig und stur»

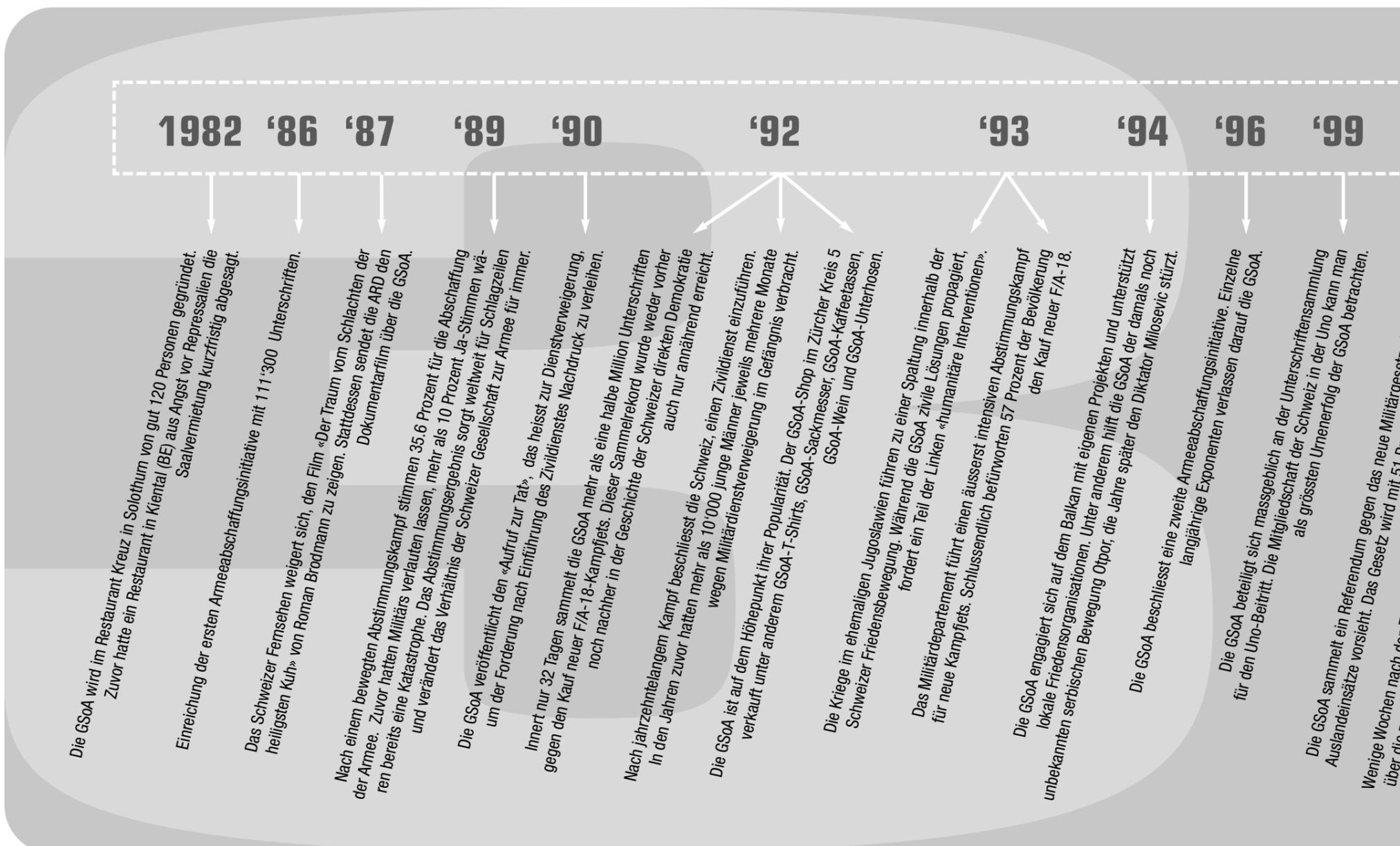
In der Nationalratsdebatte vom Dezember 1988 zur GSoA-Initiative waren ganz ähnliche Töne zu hören gewesen. Der Zürcher SVPLer Ulrich Graf bezeichnete die Initiative als «scheinheilig, dümmlich, ja landesverräterisch» und die InitiantInnen als «extreme Spinner». Sein Aargauer Parteikollege Reinhard Müller pflichtete bei: Eine Abschaffung der Armee wäre «Verrat an unserem Vaterland». Der

FDP-Sprecher Willy Loretan meinte, die Initiative gehöre zu den «Bestrebungen, zentrale Grundlagen unseres Staates zu zerstören.» Der «Schweizer Soldat» vom Dezember 1988 machte nach der Erwähnung der «kommunistischen Friedensoffensive» unter Gorbatschow folgenden Hinweis: «Über auffällig viel Geld scheinen die Gegner einer wirkungsvollen Landesverteidigung nachweisbar zu verfügen.» Die Neue Zürcher Zeitung sah die GSoAInnen noch im Sommer 1989 in einem Inland-Kommentar ganz ähnlich wie Hans-Ulrich Helfer: «Sie verfolgen hartnäckig und stur ihre langfristige Strategie, deren höchstes Ziel die Abschaffung der Armee und das Sturmreifmachen des bürgerlichen Staates ist.» Seit dem Abstimmungserfolg vom 26. November 1989 hörte man solche Rundumschläge viel seltener.

Diffamierung bis heute

Die «Schweizerzeit» - sie verfolgt die GSoA seit 30 Jahren -, veröffentliche immer wieder Angriffe auf die GSoA. Divisionär Eugen Hofmeister nannte am 21. April 2007 deren Mitglieder an der Delegiertenversammlung des Schweizer Schiesssportverbandes in Pratteln «linke Wühlmäuse». Der Bundesrat mochte sich davon nicht distanzieren.

Eine der bösartigsten Unterstellungen, welche in den letzten 30 Jahren gegen die GSoA lan-





Hanspeter Uster

ciert wurde, lautete: «Die GSoA wird von den Tamil Tigers unterwandert.» Lanciert wurde sie unter anderem gegenüber einer Zeitung im November 2010 von Mitgliedern einer mehrheitlich in Zürich wohnhaften, aber in Zug wirkenden Gruppe. Die gleiche Behauptung betraf auch die Schweizer Jusos und die Zuger Alternativen. Weil die Unterstellungen zu absurd waren, erschien dann kein Artikel, obwohl die Arbeiten daran schon fortgeschritten waren. Sie zielten ausdrücklich auf den damaligen Juso-Präsidenten Cédric Wermuth und auf den damaligen Nationalrat Jo Lang. Der Zeitpunkt, ein knappes Jahr vor den Nationalratswahlen, war, wie spätere Vorfälle zeigten, nicht zufällig gewählt. Diese Verunglimpfung, die GSoA sei von Militanten unterwandert, reiht sich ein in die früheren Unterstellungen, sie sei «landesverräterisch», «unschweizerisch», «staatsfeindlich» und «von Moskau gesteuert».

* Hanspeter Uster war von 1991 bis 2006 Vorsteher der Zuger Sicherheitsdirektion

«Als mein parteipolitisches Engagement 1987 mit der Gründung des Grünen Bündnisses Bern (GB) seinen Anfang nahm, hatte die GSoA ihre Volksinitiative für eine Schweiz ohne Armee und eine umfassende Friedenspolitik bereits eingereicht. Nie werde ich die Aufbruchstimmung vergessen, welche die Kampagne prägte. Der hohe Ja-Anteil für die Armeeabschaffung war auch eine Bestätigung für die Haltung der Grünen Schweiz: Grüne Politik ist immer auch Friedenspolitik (Green-Peace) und mit dem Engagement von sozialen Bewegungen untrennbar verbunden.

Der wohl grösste gemeinsame Erfolg von Grünen und GSoA liegt darin, dass die Schweiz heute weder am Afghanistan-Krieg noch an der Piratenjagd vor Somalia beteiligt ist. Nachdem es uns gelungen ist, die Militarisierung der Aussenpolitik zu verhindern, geht es jetzt darum, die Innenpolitik zu entmilitarisieren. Die Grünen unterstützen die GSoA-Initiative «Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht» und das Referendum gegen den Kauf neuer Kampfjets. Wer sich 30 Jahre lang treu blieb, dem ist erst recht zu trauen.»

Regula Rytz,
Co-Präsidentin Grüne Schweiz



«Die Schweiz ist militärisch nicht bedroht. Eine echte Bedrohung geht hingegen von der krassen sozialen Ungleichverteilung, dem entfesselten (Finanz-)Kapitalismus, den ausgetrockneten Staatshaushalten und dem konfliktfördernden und umweltschädigenden Ressourcenverschleiss aus. Mehr Sicherheit für alle erreichen wir, wenn wir gemeinsam für mehr soziale Gerechtigkeit und den ökologischen Umbau der Wirtschaft kämpfen.

Es ist das grosse Verdienst der GSoA, in den 30 Jahren ihres Bestehens das Konzept der militärischen Sicherheit immer wieder von Neuem, mit Konsequenz und einem ungeheuren Engagement in Frage gestellt zu haben.»

Andreas Rieger,
Co-Präsident Gewerkschaft Unia



2001 '03 '04 '06 '07 '08 '09 '10 '11 '12

- 2001: Die zweite Abschaffungsiniziative und die Initiative für einen zivilen Friedensdienst bloss wenig öffentliche Beachtung. Nur ein knappes Viertel der Stimmberechtigten befürwortet die Initiative.
- 2003: Die Kriege im Irak und in Afghanistan politisieren eine ganze Generation junger Berner bis zu 40'000 Menschen teilnehmen. Die GSoA bringt Zehntausende von PACE-Fahnen unter die Leute. Es gibt in der Schweiz kaum mehr jemanden, der sich für «humanitäre Interventionen» ausspricht.
- 2004: Die Armee bietet jeweils Tausende Soldaten für das WEF, den Schutz vor Botschaften oder später die Fussball-Europameisterschaft auf. Ein Soldatenkomitee der GSoA wehrt sich gegen diese «Inneren Einsätze».
- 2006: Die GSoA startet die Volksinitiative für ein Verbot von Kriegsmaterialexporten. Zwischen 2006 und 2011 sammelt die GSoA für vier Volksinitiativen fast eine halbe Million Unterschriften.
- 2007: Der Genfer Staatsschutz versucht, einen Agenten in die GSoA einzuschleusen. Zwei Jahre später entlarvt die GSoA einen Spitzer der rechtskonservativen PR-Agentur Farmer. Die Agentur hatte versucht, an die Pläne der GSoA für die Kriegsmaterialexportabstimmung zu kommen. Bereits in den 1980er Jahren hatten die Behörden die GSoA intensiv überwacht.
- 2008: Wie jedes Jahr melden sich fast täglich junge Männer mit Militärproblemen bei der GSoA. Für viele von ihnen ist der Anruf bei der GSoA der erste Schritt weg von der Armee.
- 2009: Die Ablehnung des Militäreinsatzes im Rahmen der Operation Atalanta vor Somalia. Eine der wichtigsten Lobby-Erfolge der GSoA im Parlament. Neue Auslandsinsätze der Armee sind damit auf absehbare Zeit vom Tisch. Trotz einer (gemäss Tages-Anzeiger) «cleveren und engagierten» Kampagne lehnt die Schweiz die GSoA-Initiative gegen Kriegsmaterialexporte ab. Immerhin verspricht der Bundesrat, Waffenlieferungen nach Pakistan, Ägypten und Saudi-Arabien künftig nicht mehr zu bewilligen.
- 2010: Ein weiteres Mal möchte die Armee neue Kampfjets beschaffen, dieses Mal schwedische Gripen-Flugzeuge. Die GSoA zieht eine bereits eingereichte Initiative zurück. Voraussichtlich 2013 wird es stattdessen zu einer Referendumsabstimmung kommen.
- 2011: Die Initiative «Für den Schutz vor Waffengewalt» wird knapp abgelehnt. Die Schweiz bleibt das einzige Land, in dem der Staat seinen Soldaten Sturmgewehre nach Hause gibt.
- 2012: Die GSoA reicht die Initiative für die Aufhebung der Wehrpflicht ein. Sie greift damit eines der letzten Tabus der Schweizer Politik an.

WISSENSCHAFT

Wehrdienst verdirbt den Charakter

Schon wenige Monate Militärdienst schaden der Charakterentwicklung von Rekruten. Was deutsche und US-amerikanische WissenschaftlerInnen nachgewiesen haben, sollte auch den Schweizer BefürworterInnen der Wehrpflicht zu denken geben. Von Andreas Weibel

«Die Rekrutenschule tut den jungen Männern doch gut.» Wer für die Volksinitiative zur Aufhebung der Wehrpflicht Unterschriften gesammelt hat, hat diesen Satz zimal gehört. Noch immer ist die Vorstellung vom Militärdienst, der den Jungen zum Mann reifen lässt, in vielen Köpfen verankert. (Vor allem bei Leuten, die nie oder schon vor Jahrzehnten eine RS absolviert haben.)

ForscherInnen der Universität Tübingen und der Washington University in St. Louis sind nun erstmals in einer gross angelegten Studie der Frage auf den Grund gegangen, welche Auswirkungen der Wehrdienst auf die Charakterentwicklung junger Männer tatsächlich hat. Die WissenschaftlerInnen haben dafür die

Entwicklung verschiedener Persönlichkeitsmerkmale von Schulabgängern an rund 300 deutschen Schulen untersucht.

Das Ergebnis ist eindeutig: Wer die neun Monate bei der Bundeswehr ableistet, hinkt seinen Altersgenossen später in Sachen persönlicher Reife hinterher. Und zwar nicht nur kurzfristig, sondern auch noch Jahre später. «Der Wehrdienst ist nicht nur ein kurzer Knick, der sich wieder herauswächst», wie es Bildungsforscher Ulrich Trautwein gegenüber der «Zeit» formulierte. Insbesondere seien Militärdienstleistende weniger einfühlsam und kooperativ, dafür umso aggressiver im Vergleich zu ihren Zivildienst leistenden Kollegen oder Gleichaltrigen, die keinen Dienst leisteten.

Ein reiferes Land

Die ForscherInnen schlossen aus, dass das Ergebnis damit zu erklären sei, dass tendenziell nur jene Männer den Militärdienst wählen, die ohnehin weniger kooperativ und aggressiver seien. Dieser Effekt existiere zwar. Die Probanden seien jedoch zu Beginn der Studie auf über

sechzig Persönlichkeitsmerkmale getestet worden. Danach verglichen die WissenschaftlerInnen nur Männer mit gleichen Anfangswerten und ähnlichem sozioökonomischen Hintergrund. Die zurückgebliebene Charakterentwicklung könne somit nur durch die Auswirkungen des Militärdienstes selbst erklärt werden.

Wer selbst die Rekrutenschule geleistet hat, kann das Ergebnis der Studie sofort nachvollziehen. Immerhin lernt man dort in erster

Linie, Befehlen zu gehorchen, anstatt selbst zu denken. Während einem im richtigen Leben beigebracht wird, Probleme zu lösen, übt man sich in der RS im Schiessen und Handgranatenwerfen. Und kaum jemand übersteht die Grundausbildung, ohne sich ein gewisses Mass an Apathie anzutrainieren.

Deutschland hat die Wehrpflicht inzwischen abgeschafft. Man kann mit Fug und Recht behaupten, dass das Land nun mit jeder Generation, welcher der Wehrdienst erspart wird, charakterlich ein klein wenig reifer wird. Es ist zu hoffen, dass auch die Schweiz bald diesen Schritt wagt und die Wehrpflicht abschafft.



Wehrpflicht-Fitamin im Herbst

(jz) Am 3./4. November findet auf dem Zürcher Uetliberg das nächste GSoA-Fitamin statt! Dieses Jahr bereiten wir uns auf den Abstimmungskampf zur Wehrpflichtinitiative vor.

Am 5. Januar haben wir die Initiative «Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht» bei der Bundeskanzlei eingereicht. Jetzt müssen wir uns auf einen intensiven Abstimmungskampf einstellen! Denn unsere Initiative sticht den TraditionalistInnen mitten ins Herz. Sie bereitet dem sinnlosen Militärschwanz endlich ein Ende. Ausserdem lanciert die Initiative die überfällige Diskussion zur Grösse der Armee.

Über das und vieles mehr werden wir am Fitamin diskutieren und uns argumentativ festigen. Merk Dir das Datum vor und sei dabei, wenn wir in spannenden Workshops einen aussergewöhnlichen Abstimmungskampf vorbereiten!

Genauere Informationen wirst Du über unseren Newsletter erhalten und auf der Homepage finden (www.gsoa.ch).

Anmeldungen oder Fragen nehmen wir gerne unter gsoa@gsoa.ch entgegen. Wir freuen uns auf Dich!

ZUSAMMENARBEIT SCHWEIZ - SCHWEDEN

Konsens im Gripen-Deal?

Die beiden Amtskollegen Ueli Maurer und Karin Enström haben sich zwar in einer «Declaration of Intent» das militärische Jawort gegeben. Dennoch stehen dem Gripen-Deal noch einige Hürden im Weg. Von Jonas Zürcher

Der Gripen-Deal wird nicht nur in der Schweiz kritisch beobachtet. Auch in Schweden ist das Geschäft keineswegs in trockenen Tüchern. Beide Länder stellen sich auf den Standpunkt, dass sie dem Deal nicht zustimmen können, bevor dies das jeweils andere Land getan hat. So will Schweden mit der Weiterentwicklung des Gripen solange zuwarten, bis die Schweiz den Deal bestätigt hat.

Umstrittene Beteiligung an den Entwicklungskosten

Auch was die Entwicklungskosten betrifft, herrscht nicht gerade Einigkeit. Die Weiterentwicklung des Gripen ist ein enormer finanzieller Kraftakt. Ohne einen sicheren Abnehmer wäre die Investition schlicht nicht zu verantworten. Der schwedische Sozialdemokrat Peter Huldqvist liess unlängst durchblicken, dass Schweden noch immer eine Beteiligung der Schweiz an den Entwicklungskosten erwartet. Hierzulande hört man aber ganz anderes. Die

Schweiz werde sich sicher nicht an den Entwicklungskosten beteiligen. Angeblich sei dieser Streit bereits so ausgeartet, dass die schwedische Verteidigungsministerin Karin Enström gar ihren Besuch in der Schweiz hatte absagen wollen.

Die Unklarheiten über den Deal nehmen kein Ende. Ueli Maurer vermutet sogar, dass gezielt Unsicherheit geschürt werde, um den Deal zu sabotieren. Um dieser Stimmung des Misstrauens entgegenzuwirken, lud VBS-Vorsteher Maurer seine schwedische Amtskollegin Karin Enström ein und unterzeichnete mit ihr eine «Declaration of Intent», um freundschaftliche Einigkeit vorzugaukeln. Man schaffe damit «über die Flugzeugbeschaffung hinaus Grundlagen für eine engere sicherheits- und verteidigungspolitische Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern», liess Ueli Maurer verlauten.

Entscheidung in Schweden umstritten

Letztendlich wird aber weder in der Schweiz noch in Schweden die Exekutive das letzte Wort haben. Im Dezember dieses Jahres wird das schwedische Parlament entscheiden, ob es für mehrere Milliarden Schwedische Kronen neue Kampffjets beschaffen will. Die Frage der Entwicklungskosten wird spätestens dann wieder aktuell werden.

Die Beschaffung des neuen «Super-Gripen» ist für Schweden ebenso unsinnig wie für die Schweiz. In Schweden wird damit ein Projekt künstlich am Leben erhalten, in das schon über 120 Milliarden Schwedische Kronen (über 16 Milliarden Schweizer Franken) geflossen sind. Dafür lieferte Saab 204 Kampffjets, was (und darüber herrscht tatsächlich Einigkeit) eigentlich das Doppelte der benötigten Anzahl ist. Warum diese überdimensionierte Flotte jetzt erneuert werden soll, ist unklar. Es bleibt zu hoffen, dass das schwedische Parlament die Vorlage ablehnt.

Referendum als letzte Rettung

Die einen heucheln Sicherheit und Einigkeit vor, die anderen versuchen mit allen Mitteln die Unklarheiten in diesem Geschäft zu veröffentlichen. Auch ohne dieses Theater der Streitigkeiten und Verwirrungen, ist der Gripen-Deal für die Schweiz völlig sinnlos. Ob sich die Schweiz nun an den Entwicklungskosten beteiligt oder nicht, sie würde mehrere Milliarden Franken für unnötige neue Kampfflieger in den Sand setzen. Die GSoA wird in jedem Fall das Referendum gegen diese Beschaffung ergreifen. Die Chancen, dieses zu gewinnen, stehen gut. Der Deal genießt in der Bevölkerung keinen Rückhalt und die Werbe-Aktionen von Gripen-Hersteller Saab, Karin Enström und Ueli Maurer höchstpersönlich erwecken nur noch mehr Misstrauen.

SCHWEIZER KRIEGSMATERIAL-EXPORTEURE

Wenn der Täter die Opferrolle mimt

Im syrischen Bürgerkrieg töten Schweizer Waffen. Dies deckte kürzlich die «SonntagsZeitung» auf. Ein generelles Exportverbot wird deswegen nicht erlassen. Im Gegenteil – die Schweiz mimt die Rolle des Opfers. Von Martin Parpan

Jüngst waren es Handgranaten, hergestellt vom bundeseigenen Betrieb Ruag, die im Bürgerkrieg in Syrien auftauchten. Dies ist kein Einzelfall. In den letzten Monaten deckten die Medien immer wieder Fälle aus dem Nahen Osten auf, die belegten, dass Schweizer Kriegsmaterial zum Einsatz kommt. So ging beispielsweise die saudische Nationalgarde mit Schweizer Panzern gegen die Demokratiebewegung in Bahrain vor. Auch in Libyen und Ägypten töteten Schweizer Waffen und Munition.

Verantwortung abschieben

Für ein Land wie die Schweiz, das sich immer wieder auf seine humanitäre Tradition beruft, ist es äusserst störend, wenn es als Waffenlieferant in kriegerischen Auseinandersetzungen in Erscheinung tritt. Dies ist auch dem Bundesrat und dem Parlament bewusst. Auf der anderen Seite stehen aber die wirtschaftlichen Interessen und der Druck der Waffenlobby. Diese schaffte es im Jahr 2009 mit Hilfe von rechtsbürgerlichen Politikern die Kriegsmaterialexportinitiative mit dem Argument «Arbeitsplatzverlust» zu bodigen. Um im lukrativen Waffengeschäft weiterhin Profite zu machen

und trotzdem den Anschein zu wahren, dass der Kriegsmaterialexport ein «sauberes» Geschäft sei, setzt die Schweiz auf das Instrument der «End User Agreements». Diese sollen das Käuferland dazu verpflichten, Kriegsmaterial nicht an einen Drittstaat weiterzugeben. Damit will man verhindern, dass Schweizer Waffen in ein Land weitergeliefert werden, in dem aktuell Krieg herrscht. Für die Schweiz ist dies eine «elegante» Lösung: Die Rüstungsindustrie macht den Profit und schiebt die politische Verantwortung via «End User Agreement» an

den Käufer ab. Kommt dann wieder einmal ein Fall wie derjenige in Syrien an die Öffentlichkeit, führt dies nicht zu einer grundsätzlichen Diskussion über Kriegsmaterialexporte, sondern es geht darum herauszufinden, welches Land wohl als Täter in Frage kommt, das die Schweizer Waffen trotz «End User Agreement» weiterexportierte.

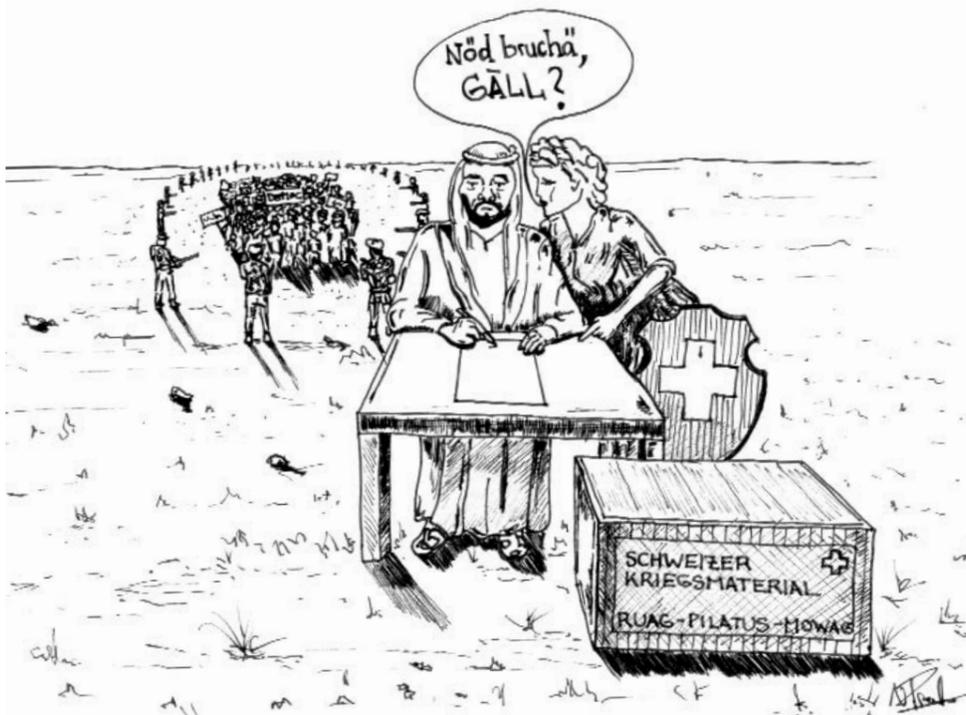
Schwarze Listen

Diese Diskussion widerspiegelt sich dann auch in den Medien. Der «Tages-Anzeiger» benutzte

im Falle der Vereinigten Arabischen Emirate (VAE), welche die Schweizer Handgranaten an Syrien exportierten, den Begriff «Wiederholungstäter», weil die VAE nicht das erste Mal gegen ein «End User Agreement» verstossen hatten. Die «SonntagsZeitung» fordert eine «Schwarze Liste» für jene Länder, die sich nicht an die Vereinbarungen halten. Störend an dieser Diskussion ist nicht, dass jene Länder, die Schweizer Waffen in Kriegsgebiete weiterliefern, an den Pranger gestellt werden. Störend ist, dass die Schweiz dabei so tut, als wäre sie Opfer geworden von vertragsbrüchigen Waffendealern. In Tat und Wahrheit liegt der Ursprung des Übels dort, wo die Waffen produziert wurden. In diesen Fällen in der Schweiz. Schliesslich landet der Profit in der Kasse der Schweizer Rüstungsindustrie.

Fazit

Kriegsmaterialexporte stehen immer im direkten Widerspruch zur humanitären Tradition der Schweiz. Instrumente wie «End User Agreements» verlagern die Diskussion lediglich auf Nebenschauplätze. In der Verantwortung für das, was mit Schweizer Waffen angerichtet wird, sind und bleiben jene Politiker, die alles dafür tun, dass die lasche Kriegsmaterialexportpolitik auch zukünftig Geld in die Kassen der Rüstungsindustrie fliessen lässt. Zu diesen Politikern gehört auch Bundesrat Johann Schneider-Ammann. Angesprochen auf den Syrien-Fall äusserte er sich jüngst dahingehend, dass er «ein gutes Gefühl und kein schlechtes Gewissen habe». Diese Aussage spricht vor allem gegen sein Gewissen.



EU-WAFFENHANDELSDIREKTIVE

Tarnkappe für den Waffenexport

Die EU hat für ihre Mitgliedsländer einen gemeinsamen Waffenmarkt geschaffen, in dem man Kriegsmaterial beliebig transferieren kann, ohne dass dies als Export gilt. Dies verschleiert den Blick auf den Kriegsmaterialhandel und ermöglicht der Waffenindustrie die Ausnützung lascher Kontrollen. Von Adi Feller

Sie tönt unscheinbar und harmlos: Die EU-Direktive 2009/43/EC, auch bekannt als Direktive zum EU-internen Handel von Kriegsmaterial. Seit dem Inkrafttreten der neuen Regelung Ende Juni 2012 gilt der gemeinschaftliche europäische Markt nun auch für Kriegsmaterial. Bisher war dieses aus protektionistischen Gründen davon ausgenommen. Erklärtes Ziel der EU-Kommission und der Mitgliedsstaaten ist die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und die Schaffung einer möglichst starken und vernetzten europäischen Waffenindustrie. Wer über eine Generalbewilligung verfügt, darf nun

unbeschränkt innerhalb der EU Kriegsmaterial transferieren, was den bürokratischen Aufwand für die Rüstungskonzerne und Regierungen verkleinern soll.

Dabei bleibt die Kontrolle des Kriegsmaterialhandels natürlich auf der Strecke. Betrachtet man die von der EU geführte Statistik für exportiertes Kriegsmaterial, gibt es grosse Lücken. Einzelne Länder (insbesondere auch grosse Produzenten wie Deutschland oder Frankreich) liefern für die Statistiken seit Jahren nur lückenhafte und schlecht vergleichbare Daten.

Einfache Umgehung der Kontrollen

Die verschiedenen Länder der EU handhaben ihre Exportbewilligungspraxis völlig unterschiedlich. Während einige Länder Waffenlieferungen nur sehr zurückhaltend erlauben, verkaufen andere Kriegsmaterial selbst an Diktaturen wie Burma oder Syrien. Mit der neuen Direktive können die Rüstungskonzerne ihr

Kriegsmaterial nun einfach in dasjenige Land liefern, das die lockersten Exportgesetze oder -kontrollen besitzt, und von dort dann in aussereuropäische Länder exportieren. Länder, die keine Kontrollen ausüben oder aus ökonomischen oder politischen Gründen auch die schlimmsten Regimes beliefern, werden für die Rüstungsindustrie zu interessanten Transitländern für konfliktträchtige Kriegsmaterialexporte. Die schwächste Gesetzgebung wird so zum Mass für die Kriegsmaterialexporte aus der EU. Auch die oft angeführten End-User-Agreements bieten vor solchen Exporten keinen Schutz, denn Kontrollen über ihre Einhaltung gibt es keine.

Fallen die detaillierten nationale Statistiken weg, weil nur noch allgemein von Lieferungen in den EU-Raum gesprochen wird, erleichtert dies der Waffenindustrie das Exportieren. Denn je weniger Informationen verfügbar sind, desto einfacher wird es, die rüstungskritische Öffentlichkeit auszuschalten.

Kontrollverlust für die Schweiz

Bereits abzusehen ist das Gejammer der Schweizer Rüstungsindustrie über Nachteile gegenüber der europäischen Konkurrenz. Die Schweizer LobbyistInnen werden wohl die Einführung einer Kategorie für die Lieferung in den neu geschaffenen einheitlichen EU-Raum fordern, im schlimmsten Fall sogar den Beitritt zum gemeinsamen Markt, eventuell durch die Hintertür der Zusammenarbeit mit der Europäischen Verteidigungsagentur EVA. Die rüstungsindustriefreundlichen ParlamentarInnen der bürgerlichen Parteien werden sich im Namen des Wirtschaftsstandortes Schweiz und der Arbeitsplätze bereitwillig dafür einsetzen. Die bereits jetzt geringe Transparenz über die Schweizer Kriegsmaterialexporte würde durch den Beitritt zum gemeinsamen Rüstungsmarkt jedoch weiter abnehmen. Eine Aufweichung der Schweizer Exportbestimmungen gegenüber der EU würde einen Kontrollverlust bedeuten, der nicht toleriert werden darf. Die GSoA wird jegliche Anpassung an den neuen Markt und jegliche Zugeständnisse an die Rüstungsindustrie entschieden bekämpfen.

Bern, November 2012: Ausstellung «Die Nakba» mit Rahmenprogramm

Flucht und Vertreibung der PalästinenserInnen 1948 und heutige palästinensische Realitäten

Die Vertreibung und Enteignung von über 700'000 PalästinenserInnen im Rahmen der Staatsgründung Israels werden auf Arabisch als «Nakba», als Katastrophe, bezeichnet. Bis heute leben die Vertriebenen und ihre Nachkommen zum grossen Teil im Exil. Die Frage nach dem Rückkehrrecht ist einer der grossen Stolpersteine auf dem Weg einer Annäherung zwischen Israel und Palästina.

Die Ausstellung zeigt die Geschichte der Nakba auf und schafft Verständnis für die komplexe Geschichte des Palästinakonfliktes, wie auch für heutige Realitäten. Das Rahmenprogramm mit Filmen, Aufführungen von Theatergruppen aus Israel und Palästina, Vorträgen von Fachleuten sowie weiteren Veranstaltungen bietet einen vertieften Zugang und spannende Begegnungen.

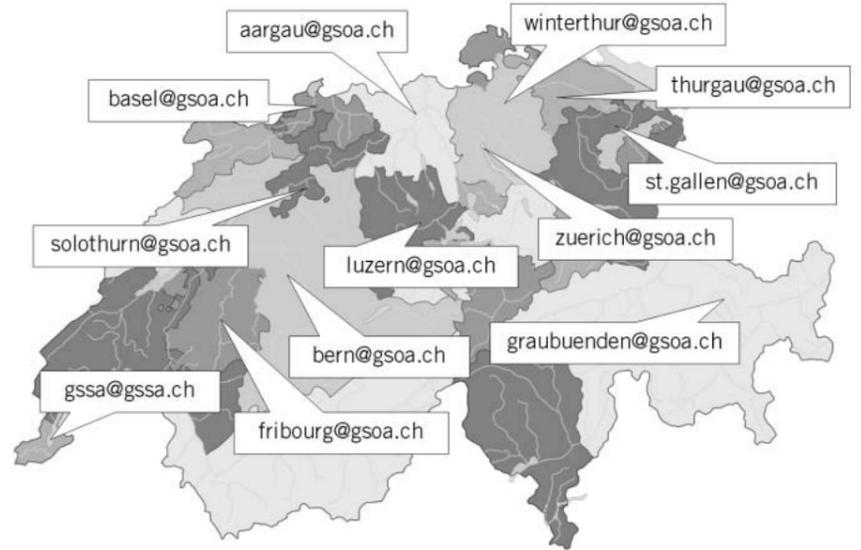
Ausstellung und Rahmenprogramm im November 2012 in Bern. Detaillierte Infos: www.nakbabern.ch



©UNRWA

Aktiv werden in Deiner Region

Die Regionalgruppen sind das Rückgrat der GSoA. Sie beteiligen sich aktiv an den Entscheidungen der GSoA Schweiz und organisieren in eigener Regie Aktionen und Veranstaltungen. Aktuell bereiten wir uns auf die Abstimmung zur Wehrpflichtinitiative vor. Und ein Referendum oder eine Initiative zu den Kampfjets hängt in der Luft. Lust, aktiv zu werden? Dann melde Dich bei einer der untenstehenden Adressen. Wir freuen uns, Dich kennenzulernen!



Wir sind auf Deine Spende angewiesen

Der Abstimmungskampf für die Wehrpflichtinitiative und das Referendum gegen die neuen Kampfjets werden uns einiges Geld kosten. Die Aktivitäten der GSoA sind zwar immer vom starken Engagement unserer AktivistInnen abhängig. Dennoch braucht es Geld, zum Beispiel für Plakate und Inserate. Mit einer kleineren oder grösseren Spende per beiliegendem Einzahlungsschein ermöglichst Du uns, weitere StimmbürgerInnen von unseren Anliegen zu überzeugen und trägst damit unmittelbar zum Erfolg der GSoA-Initiativen bei. **Herzlichen Dank!**



GREGOR,
das glückliche Gewehr

Verfolge die Abenteuer von Gregor, dem glücklichen Gewehr, auch auf youtube: www.youtube.com/user/GregorsGunTV



GSoA-Material...

Bestelltalon (Bei Bestellungen aus dem Militär bitte auch Privatadresse angeben)

Name/Vorname _____

Strasse/Nummer _____

PLZ/Wohnort _____

Tel./E-Mail _____ E-Mail für Newsletter registrieren

Anzahl	Bezeichnung	Grösse	Einzelpreis	Total
	Kampfjet-Button		Fr. 1.-	
	T-Shirt Kampfjets Frauen	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	T-Shirt Kampfjets Männer	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	Waffenvernichtungsmassen Frauen	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	Waffenvernichtungsmassen Männer	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	GSoA-Sackmesser		Fr. 25.-	
	GSoA-Schlüsselbündel		Fr. 10.-	
	Friedensfahne (PACE)		Fr. 12.-	
	Diverse Kleber		kostenlos	
	Versandkostenanteil			Fr. 4.80
Ich werde GSoA-Mitglied <input type="checkbox"/> Verdienende Fr. 100.- <input type="checkbox"/> Nichtverdienende Fr. 50.-				
Spende <input type="checkbox"/> Fr. 50.- <input type="checkbox"/> Fr. 20.- <input type="checkbox"/> Fr. 10.-				
Ich will aktiv mitmachen: Kontaktiert mich <input type="checkbox"/>				
Rechnungsbetrag				

Bestellung: GSoA, Postfach, 8031 Zürich, Tel. 044 273 01 00, www.gsoa.ch/material



Impressum

Redaktion: Patrick Angele (pa), Franziska Bender (frb), Cordula Bieri (cb), Felix Birchler (fb, verantwortlich), Andreas Cassee (ac), Tom Cassee (tc), Stefan Dietiker (std), Adi Feller (ad), Fabian Hubeli (fh), Chrigi Hug (ch), Karin Jenni (kj), Josef Lang (jl), Reto Moosmann (rm), Beni Müller (bm), Martin Parpan (mp), Seraina Patzen (sp), Nikolai Prawdzic (np), Rahel Ruch (rr), Tobia Schnebli (ts), Andreas Weibel (aw), Remo Ziegler (rz), Jonas Zürcher (jz)
Cartoons: Oger, Nikolai Prawdzic **Layout:** Regula Meili **Titelseite:** Adrian Rast **Druck:** ROPRESS Zürich
Auflage: 20 000, mindestens viermal jährlich
Mitgliederbeitrag (inkl. Zitigs-Abo) Verdienende Fr. 100.- / Nichtverdienende Fr. 50.-
 Jahresabonnement GSoA-Zitig: Fr. 20.- /10.- PC-Konto: PC 40-37315-5
Verlag: GSoA, Postfach, 8031 Zürich, Telefon 044 273 01 00, Fax 044 273 02 12, E-Mail: gsoa@gsoa.ch, www.gsoa.ch

LeserInnenbriefe, Lob und Kritik sind willkommen. Bitte melden Sie uns Adressänderungen, falsche und/oder doppelte Adressen. Die Inhalte dieser Zeitung unterstehen einer Creative Commons Lizenz. Für nicht-kommerzielle Zwecke können sie mit Quellenangabe frei verwendet werden.